



Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die

Die politische Lage in Deutschland

Klimaschutz für eine lebenswerte Zukunft Deutschland ist das Zugpferd

In den kommenden Wochen entscheidet sich in Kopenhagen, ob es uns gelingen kann, die weitere Erderwärmung zu begrenzen, um so den Klimawandel im erträglichen Rahmen zu halten. Deutschland ist bei diesem Thema das Zugpferd. Wir haben uns im Koalitionsvertrag dazu bekannt, die Treibhausgas-Emissionen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Kein bedeutendes Industrieland der Welt hat eine so ambitionierte Klima- und Energiegesetzgebung wie Deutschland. Wir werden unsere Kyotoverpflichtungen (minus 21 Prozent schädlicher Treibhausgase im Zeitraum von 2008-2012 gegenüber 1990) im Gegensatz zu vielen anderen Staaten erfüllen. Jetzt geht es darum, dass die Staatengemeinschaft es schafft, in einer einmaligen gemeinsamen Kraftanstrengung das Ruder herumzureißen. Es geht um die Rettung von Millionen von Menschen, um die Verhinderung von Naturkatastrophen und von Flüchtlingsdramen. Deshalb sagen wir: Es muss eine ehrgeizige, verbindliche politische Entscheidung zwischen allen Staaten getroffen werden. Mit einem eigenen Antrag der Koalitionsfraktionen wollen wir diese politische Forderung bekräftigen.

Ebenfalls in dieser Woche wird über drei Mandate für Auslandseinsätze der Bundeswehr entschieden. Die Regierungskoalition hat bereits deutlich gemacht, dass eine Fortführung der Einsätze in Afghanistan, am Horn von Afrika und vor der Küste des Libanon deutschen Sicherheitsinteressen dient.

Vor der Küste des Libanon muss weiterhin verhindert werden, dass Waffen in das Krisengebiet geschmuggelt werden. Dies ist eine Grundvoraussetzung für eine friedlichere Entwicklung der Region. Deutschland hat seit 2006 Führungsverantwortung bei der seeseitigen Absicherung der libanesischen Küste und bei der Unterstützung der libanesischen Streitkräfte übernommen. Deutsche Soldaten tragen dazu bei, dass diese Aufgaben erfolgreich erfüllt werden. Unser Engagement wird sowohl von der libanesischen als auch von der israelischen Regierung sehr geschätzt. Jetzt übergeben wir diese Führungsverantwortung an Italien. Zugleich soll die Zahl der maximal einzusetzenden deutschen Soldaten von 1.200 auf 800 reduziert und unser Einsatz bis zum 30. Juni 2010 befristet werden.

Zur Bekämpfung des Terrorismus ist immer noch auch eine militärische Komponente notwendig. Im Rahmen der *Operation Enduring Freedom* beteiligt sich die deutsche Marine an der Seeraumüberwachung am Horn von Afrika und dem Einsatz im Mittelmeer im Rahmen der NATO-geführten *Operation Active Endeavour*. Dieser Einsatz soll fortgeführt werden. Zugleich hat die Bundesregierung zugesagt, bis zum Sommer 2010 die Notwendigkeit der weiteren deutschen Beteiligung an *Operation Enduring Freedom* am Horn von Afrika und gegebenenfalls eine Überführung in eine gemeinschaftliche Mission zur Pirateriebekämpfung zu überprüfen.

Auch mit ihrer Arbeit in Afghanistan leisten unsere Soldaten einen wichtigen Beitrag für unsere Sicherheit. Wir wollen diesen Einsatz fortführen, damit die Stabilisierung Afghanistans gelingt und wir die Voraussetzungen für eine verantwortbare Übergabe schaffen können. Nur durch Kontinuität kann unser Land ein verantwortungsvoller und verlässlicher Bündnispartner bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus bleiben.

Daran ändern auch die Vorgänge um den Beschluss der zwei Lastwagen nahe Kundus nichts. Wir haben ein großes Interesse an einer umfassenden und vorbehaltlosen Aufarbeitung dieser Vorkommnisse. Wir sind sicher, dass Bundesverteidigungsminister zu Guttenberg die Vorgänge vollständig aufklären wird. Allerdings dürfen wir es nicht zulassen, dass diese Aufklärung für parteipolitische Manöver der Opposition missbraucht wird. Es ist doch fadenscheinig, wenn der ebenfalls für die Auslandseinsätze der Bundeswehr zuständige ehemalige Bundesaußenminister und jetzige SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier so tut, als sei er selbst nie in der Verantwortung gewesen. Diese parteipolitischen Spielchen müssen aufhören! Es muss alles vermieden werden, was eine Verunsicherung in der Truppe auslösen könnte. Unsere Soldaten im Einsatz benötigen die volle Rückendeckung durch das Parlament.

Die im Zusammenhang mit den Vorkommnissen von Kundus getroffene Entscheidung Franz Josef Jungs, von seinem Ministeramt zurückzutreten, verdient dagegen großen Respekt. Er hat damit die politische Verantwortung für die Entwicklung der Ereignisse in seinem Ministerium übernommen. Insoweit ist diese Entscheidung konsequent. Allerdings gehen wir nach wie vor davon aus, dass Franz Josef Jung das Parlament und die Öffentlichkeit nach bestem Wissen und Gewissen informiert hat.

Von der durch den Rücktritt von Bundesarbeitsminister Jung notwendig gewordenen Kabinettsumbildung sind auch wir Niedersachsen betroffen. Die bisherige Bundesfamilienministerin Dr. Ursula von der Leyen wurde von der Bundeskanzlerin gebeten, das Arbeitsministerium zu übernehmen. Dies zeigt eindrucksvoll den Stellenwert Ursula von der Leyens innerhalb der Bundesregierung. Wir sind stolz auf unsere niedersächsische Bundesministerin. Sie steht für Kompetenz, Gradlinigkeit und Glaubwürdigkeit in der Politik. Ursula von der Leyen hat die Familienpolitik erneuert und das Familienministerium – von Gerhard Schröder verächtlich als „Gedöns“-Ministerium bezeichnet – zu einem Zukunftsressort aufgewertet. Wir sind sicher: auch in ihrer neuen Aufgabe wird Ursula von der Leyen der Politik ihren Stempel aufdrücken. Wir wünschen ihr für ihre verantwortungsvolle neue Tätigkeit alles erdenklich Gute und werden Sie als Landesgruppe wie immer nach Kräften unterstützen.

Die Woche im Parlament

In dieser Woche haben wir in zweiter und dritter Lesung das **Wachstumsbeschleunigungsgesetz** beraten. Das Gesetz sieht Korrekturen im Unternehmenssteuerrecht vor, mit denen wir die Unternehmen krisenfester machen wollen, insbesondere durch eine Entschärfung der Verlust- und Zinsabzugsbeschränkungen, sowohl für international orientierte Konzerne als auch für mittelständische Unternehmen.

- Die Korrekturen im Erbschaftsteuerrecht schaffen eine krisenfeste Ausgestaltung der Bedingungen für die Unternehmensnachfolge und Absenkung der Steuerbelastung für Geschwister und Geschwisterkinder.
- Mit der Erhöhung des Kinderfreibetrages in einem ersten Schritt auf 7.008 Euro und des Kindergeldes um je 20 Euro ab dem 1.1.2010 schaffen wir eine steuerliche Entlastung für Familien mit Kindern.
- Die Absenkung des Mehrwertsteuersatzes für Beherbergungsleistungen stärkt die Wettbewerbsposition des Hotelgewerbes. Darüber hinaus wird die Wettbewerbsfähigkeit der reinen Biokraftstoffe in Deutschland erhalten.

Auf der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen soll ein neues internationales Klimaschutzabkommen für die Zeit nach 2012 vereinbart werden. Ziel ist es, den Ausstoß von Treibhausgasen so zu vermindern, dass die weitere Erderwärmung auf unter 2 Grad Celsius gegenüber vorindustriellen Werten begrenzt bleibt. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die globalen Emissionen ihren Zenit spätestens 2020 erreicht haben und bis 2050 um mindestens die Hälfte zurückgehen. Mit unserem Antrag **Für ein wirksames globales Klimaschutzabkommen in Kopenhagen** unterstützen wir die Bundesregierung in dem Ziel, ein solches neues Abkommen zu erreichen.

Die **Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungsgruppe in Afghanistan (ISAF)** unter Führung der NATO bis zum 13. Dezember 2010 haben wir in dieser Woche beschlossen werden. Das deutsche ISAF-Kontingent wird weiterhin maximal 4.500 Soldatinnen und Soldaten umfassen und hat zum Ziel, die afghanische Regierung bei der Gewährleistung eines sicheren Umfelds zu unterstützen. Ein stabiles Afghanistan liegt im vitalen deutschen Interesse. Die Fortsetzung des internationalen Engagements ist erforderlich, um einen Rückfall Afghanistans in die Zeit des Bürgerkrieges und der Terrorherrschaft der Taliban zu verhindern.

Auch die **Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL)** stand zur Entscheidung an. Die deutsche Beteiligung an der UNIFIL Maritime Task Force (MTF)-Mission vor der libanesischen Küste ist Teil unseres Einsatzes für einen dauerhaften Frieden im Nahen Osten. Mit der Mandatsverlängerung bis zum 30. Juni 2010 bringt Deutschland seinen Willen zum Ausdruck, auch im Libanon weiter zur Stabilisierung des Nahen Ostens wesentlich beizutragen. Im Lichte der bisherigen Erfolge und unter Berücksichtigung des dabei erreichten libanesischen Fähigkeitenzuwachses ist eine Absenkung der Obergrenze der deutschen Beteiligung von 1.200 auf 800 Soldatinnen und Soldaten vorgesehen.

Und schließlich haben wir die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der **Operation Enduring Freedom (OEF)** bis zum 15. Dezember 2010 beschlossen. Das Mandat schließt NATO-Operationen im Rahmen von **Operation Active Endeavour** mit ein. Die internationale Gemeinschaft darf in ihren umfassenden Anstrengungen zur wirksamen Beseitigung der gesellschaftlichen, sozialen und ökonomischen Umstände, die das Entstehen von Terrorismus begünstigen, nicht nachlassen. Die Operation Enduring Freedom sowie die Einsätze der NATO im Mittelmeer im Rahmen der Operation Active Endeavour sind ein angemessener militärischer Beitrag zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Mit der vorgesehenen Personalobergrenze von 700 Soldaten ist Deutschland weiterhin in der Lage, das erforderliche Fähigkeitsprofil für den Anti-Terror-Einsatz am Horn von Afrika und im Mittelmeerraum abzubilden.

Daten und Fakten

Ältere Beschäftigte beliebt bei Arbeitgebern: Arbeitnehmer über 50 Jahren erfreuen sich bei ihren Arbeitgebern entgegen landläufiger Meinungen hoher Beliebtheit. Lediglich 27 Prozent der Personalleiter und Geschäftsführer von Industrieunternehmen halten ältere Beschäftigte für weniger produktiv, weil sie beim Arbeitstempo nicht mithalten könnten. Und lediglich ein Viertel glaubt, Weiterbildung für ältere Mitarbeiter lohne sich nicht. Den angeblich geringeren Leistungswillen der über 50-Jährigen beklagen ebenfalls nur 25 Prozent der Verantwortlichen. Dagegen sieht die überwiegende Mehrheit in diesen Punkten keine Unterschiede zu jüngeren Arbeitnehmern. Die Hälfte der Führungskräfte stimmt sogar der Aussage zu, Ältere seien seltener krank als Jüngere.

(Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft)

Eingliederungszuschüsse sind nachhaltige Brücke ins Erwerbsleben: Eingliederungszuschüsse ermöglichen vielen Arbeitslosen den Wiedereinstieg in reguläre und stabile Beschäftigung. Gegenüber Arbeitslosen, die ohne Eingliederungszuschüsse ein Beschäftigungsverhältnis aufnehmen, verblieben die geförderten Personen deutlich länger im Betrieb: Nach einem Jahr bestand noch etwa die Hälfte der geförderten, aber nur noch ein Drittel der ungeförderten Arbeitsverhältnisse. Insgesamt waren die Geförderten in den 3,5 Jahren nach Förderbeginn durchschnittlich zwei Monate länger regulär beschäftigt als entsprechende Personen, die ungefördert eingestellt wurden. In der Bezahlung gibt es im Durchschnitt keine Unterschiede zwischen Geförderten und Ungeförderten.

(Quelle: IAB)



**Landesgruppe
Niedersachsen**

CDU/CSU FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Vorsitzender:

Michael Grosse-Brömer MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030 – 227 79498

Fax: 030 – 227 70139

Email: stefan.krueppel@cducsu.de

Internet: www.lg-nds.de